

Unliebsame Erscheinungen im Berliner Großstadtleben.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses setzte am Donnerstag die Beratung des Etats für das Ministerium des Innern fort. Ein Zentrumsabgeordneter sprach sich tadelnd über gewisse unliebsame Erscheinungen im Berliner Großstadtleben aus. Er kritisierte mancherlei Kabarettaufführungen und erklärte die musikalischen Veranstaltungen in verschiedenen Kaffees als überflüssig, sie müßten auf die aus dem Felde zurückkehrenden Krieger eigentümlich wirken. Er hatte dabei namentlich Lokale im Auge, wo zum Teil besserstuierte Herren mit ihren illegitimen Damen verkehren. Er verwahrte sich aber dagegen, daß mit dieser Kritik irgendwie die große Masse der Berliner Bevölkerung getroffen werden solle. Er wisse, daß die große Mehrzahl der Berliner Bevölkerung aus tüchtigen arbeitsfreudigen Menschen bestehe. Der Minister des Innern erklärte, daß die Polizei im allgemeinen keine erzieherischen Aufgaben habe. Wirkliche Ausschreitungen würden natürlich überwacht und verhindert. Man müsse aber doch ein Bedürfnis nach heiteren Aufführungen auch anerkennen, gerade die Urlauber, die lange Monate im Schützengraben gelegen hätten, sehnten sich nach heiterer Unterhaltung und Zerstreuung. Jedenfalls müsse jedes Einschreiten mit äußerster Vorsicht erfolgen. Ein fortschrittlicher Redner nahm dankend von dem Lob Notiz, das der Zentrumsredner der Allgemeinheit der Berliner Bevölkerung gespendet hatte. Bei einer Bevölkerung von 3 1/2 Millionen könnten immerhin manche Elemente nach gewisser Richtung Anstoß erregen, das sei aber in allen Großstädten so. Man möge aber doch auch bedenken, wie überaus stark die hervorragenden künstlerischen und musikalischen Aufführungen besucht seien, was den guten Geschmack des Berliner Publikums beweise. 25 000 bis 30 000 Männer betätigten sich tagaus tagein in angestrengtester Weise in der Kriegsfürsorge, ebenso zahllose Frauen, ohne deren Mitwirkung das große organisatorische Werk garnicht möglich gewesen wäre.

Derselbe Redner ging dann auf die Verkehrsnot in Berlin ein und bebauerte die plötzliche Verkürzung und Abschneidung des Spätverkehrs der Straßenbahnen. Wenn das jetzt mit der Einziehung von Angestellten zum Heeresdienst begründet wäre, so sei das schon deshalb nicht stichhaltig, weil diese Einberufungen doch nicht alle auf einmal erfolgt seien, also doch auch kein Grund für die plötzliche einschneidende Verkehrsverschlechterung gegeben erscheine. Dem Verkehrsbedürfnis müsse unbedingt genügt werden. Die Leistungen der Schaffnerinnen verdienten durchaus nicht den Tadel, den sie in einigen Einsendungen an die Zeitungen gefunden haben. Notwendig sei es, daß die Berliner Straßenbahngesellschaft den Schaffnerinnen auch ausreichende Löhne zahle, wie man höre, wolle sie sich ja jetzt dazu verstehen.

Ueber den Gesetzentwurf auf Gewährung weiterer 200 Millionen Mark

zu Kriegswohlfahrtszwecken an Gemeinden

referierte der fortschrittliche Abgeordnete Lippmann: Die Last für die Gemeinden sei fortgesetzt gestiegen. Bereits im Oktober betragen ihre monatlichen Gesamtausgaben in Preußen 50 Mill. M. Das Reich hatte dazu 33 1/2 v. H. beizutragen; es hat aber in Wirklichkeit nur 25 v. H. erstattet, das machte schon einen monatlichen Ausfall von 4 1/2 Mill. M. Durch die Erhöhung der Kriegsunterstützungen vom Dezember ab werden die Ausgaben der Gemeinden sicherlich monatlich 100 Mill. M. überschreiten. Erfreulich wäre, daß aus den Fonds jetzt auch Zuschüsse für andere Wohlfahrtszwecke, die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen, gegeben werden könnten, z. B. zu den Volksspeisungen. Ein Teil der Gemeinden hat auch Mietzuschüsse gefordert, und zwar seien von ihnen drei Viertel der Mieten gewährt worden, während die Hausbesitzer das letzte Viertel tragen mußten. Da die Lage des Hausbesitzes sich aber ständig verschlechtert habe, sei es notwendig, die Zuschüsse zu erhöhen, um die Hausbesitzer zu entlasten. Reichs- und Staatsbetriebe zahlten für die Angehörigen der zum Heere eingezogenen Arbeiter zu den Reichsleihen Zuschüsse. Diese Zuschüsse werden nicht ausreichen, die Regierung könnte hier aufmunternd wirken. Der Redner brachte noch verschiedene Härten zur Sprache, die sich bei Gewährung der Kriegsunterstützungen ergeben haben. Der Minister des Innern teilte mit, daß in Preußen 81 Millionen Mark monatlich an die Lieferungsverbände für Kriegswohlfahrtszwecke zurück-

gezahlt worden seien. Nach Erhöhung der Sätze werden jetzt 108 Millionen Mark bezahlt. Vom Reiche sind bis jetzt 25 v. H. dazu bewilligt. Der Zinsverlust wurde vom Reiche bisher nicht erstattet. Daneben würden noch Beträge an die Erwerbslosen gewährt. Die Regierung lasse sich angelegen sein, alles auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege zu tun und nach Möglichkeit den Gemeinden entgegenzukommen. Ein Zentrumsredner vermehrte eine genügende Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Hier blieben große Mittel von den Gemeinden aufzuwenden, die dafür entschädigt werden müßten. Ein weiteres Zentrumsmitglied trat für den Antrag des Abg. Dr. König (Z.) auf Beihilfen an Beamtenfamilien, deren Ernährer im Felde stehen, ein. Er verlangte, daß dieselben Beihilfen, die für die in der Heimat befindlichen Beamten gezahlt werden, auch diesen Beamtenfamilien gewährt werden. Ein Regierungskommissar erwiderte, daß die Regierung dem Antrag nicht zustimme, denn tatsächlich würden doch Ersparnisse erzielt, wenn der Mann abwesend sei. In besonderen Fällen könnten aber die Behörden kinderreichen Familien Unterstützungen gewähren. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter stellte fest, daß noch verschiedene Gemeinden bei Gewährung der Unterstützungen nichtgesetzliche Verpflichtungen erfüllen. Ein Volksparteier erklärte, daß bezüglich der Mietsentschädigung den Hausbesitzern geholfen werden müsse, da sie jetzt nicht mehr auf den Ersatz so hoher Ausfälle verzichten könnten. Im übrigen stellte er fest, daß den Gemeinden ursprünglich alle Kosten der Kriegswohlfahrtspflege ersetzt werden sollten. Jetzt scheine man davon schon etwas abzukommen. Seiner Meinung nach hätte diese Kriegswohlfahrtskosten allein das Reich zu tragen. Die Lasten werden für die Gemeinden unerträglich. Ein weiterer Zentrumsredner erkennt die Leistungen des Reiches und Staates an, auch die großen Aufwendungen der Privatindustrie verdienten Anerkennung. Der Berichterstatter stellte einen von nationalliberaler und freikonservativer Seite unterstützten Antrag, in dem verlangt wird, daß den Familien der zum Heere eingezogenen Beamten und Staatsarbeiter in besonderen Fällen die Kinderzulagen, wie jetzt den in der Heimat gebliebenen Beamten, gezahlt werden sollen, soweit diese zum Heere eingezogenen Beamten Gemeinen- oder Befreitenlöhne beziehen. Dieser Antrag wird angenommen, nachdem ein Zusatzantrag des Zentrums, auch den im Unteroffiziersrang stehenden eingezogenen Beamten diese Kinderzulagen zu zahlen, keine Mehrheit gefunden hatte. Der Etat des Innern ist damit beendet. Am Freitag wird der Medizinaletat und nachher der Bauetat beraten.